

Staatliche Deputation für Gesundheit			27. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 25.11.2014	Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr	Sitzungsende: 18.05 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Senator Dr. Hermann Schulte-Sasse			

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 1:

Senator Dr. Schulte-Sasse weist auf die zu TOP 4 auf den Tischen verteilte Neufassung der Vorlage hin und erklärt, dass aus dem Kreis der Deputierten die Verschiebung der Beratungen des TOP 7 „Leistungsberichte der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven“ gefordert worden ist. Angesichts der aktuellen Medienberichterstattung zu den Familienhebammen, die einen kleinen Teil der Vorlage umfassen schlägt er daher vor, den TOP 7 auf die Dezember Sitzung zu verschieben und die Aussprache zu den Familienhebammen unter dem TOP 8 „Verschiedenes“ durchzuführen.

Daraufhin wird folgende Tagesordnung von der Deputation genehmigt.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 16.10.2014
TOP 3	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Krebsregisterrechts
TOP 4	Berufung von Mitgliedern der Besuchskommission gemäß § 36 PsychKG
TOP 5	Maßnahmen gegen das EBOLA-Virus
TOP 6	Zuwendungsbericht 2013 – öffentlicher Teil
TOP 7	Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

Zuwendungsbericht 2013 – **nicht öffentlicher Teil** -

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 16.10.2014
<u>Beschluss</u> Die staatliche Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 16.10.2014.	

Staatliche Deputation für Gesundheit	Sitzung am: 25.11.2014	Protokoll-Seite: 2
--------------------------------------	---------------------------	-----------------------

TOP 3	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Krebsregisterrechts (Vorlage L-146-18)
<p>Frau Post (Der Senator für Gesundheit) führt mit einer Powerpoint Präsentation in die Vorlage ein. Aus dem Kreis der Deputierten werden Nachfragen insbesondere zu den datenschutzrechtlichen Aspekten gestellt. Anschließend fasst die Deputation nachfolgenden Beschluss einstimmig.</p> <p>Beschluss: Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Krebsregisterrechts zu.</p>	

TOP 4	Neufassung -Berufung von Mitgliedern der Besuchskommission gemäß § 36 PsychKG (Vorlage L-147-18)
<p>Senator Dr. Schulte-Sasse weist auf die Neufassung der Tischvorlage hin. Wesentliche Änderungen ergeben sich hinsichtlich der Berufung auch eines Stellvertreters des Landesbehindertenbeauftragten und der Genderprüfung. Auf Wunsch der Deputierten wird zudem der zweite Satz unter D gestrichen. Der so geänderten Neufassung wird einstimmig mit folgendem Beschluss zugestimmt.</p> <p>Beschluss: Die staatliche Deputation für Gesundheit schlägt dem Senator für Gesundheit vor, den Landesbehindertenbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen, Herr Dr. Steinbrück, als weiteres Mitglied und Herrn Kai J. Steuck als Stellvertretung in die Besuchskommission zu berufen.</p>	

TOP 5	Maßnahmen gegen das EBOLA-Virus (Vorlage L-151-18)
<p>Frau Dr. Offenhäuser (Der Senator für Gesundheit) führt kurz in die Vorlage ein. Da in der vergangenen Sitzung der Deputation schon ausführlich darüber beraten worden ist, wird die Vorlage ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.</p> <p>Beschluss: Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.</p>	

TOP 6	Zuwendungsbericht 2013 – öffentlicher Teil (Vorlage L-148-18/S-68-18)
<p>Frau Bernhard (Die Linke) fragt nach dem Zeitpunkt der Senatsbefassung des Zuwendungsbericht 2013. Staatsrat Härtl erläutert ihr, dass der Senat den Bericht am selben Tag zur Kenntnis genommen hat und damit die Deputation sehr zeitnah über die Zuwendungen unterrichtet wurde.</p> <p>Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) erfragt vor dem Hintergrund der bei den Haushaltsberatungen notwendig gewordenen Kürzung bei den Zuwendungen für die Selbsthilfegruppen die tatsächliche Höhe der im Zuge des Haushaltsvollzugs gezahlten Zuwendung. Staatsrat Härtl erläuterte, dass im Zuge des Haushaltsvollzugs die ursprünglich vorgesehene Kürzung zurückgenommen werden konnte und alle Selbsthilfegruppen gemäß ihrem Antrag ihre Zuwendungen erhalten hätten.</p>	

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Zuwendungsbericht 2013 zur Kenntnis.

TOP 7 | VerschiedenesFamilienhebammen:

Frau Ahrens (CDU) stellt fest, dass in der rückblickenden Jahresbetrachtung die Familienhebammen schon seit geraumer Zeit über Schwierigkeiten, Arbeitsbelastungen und Probleme klagen. Sie führt das, insbesondere für den Bereich Bremen, auf die nicht erreichte Zahl neu aufgenommener Fälle zurück. Dabei müsste das Kindeswohl doch in beiden Gemeinden oberste Priorität haben und eine gleiche Ausgestaltung der Arbeitsumstände, unabhängig der jeweils getrennten Zuständigkeit, in beiden Kommunen bestehen.

Frau Lückert (Stadträtin Bremerhaven) führt dazu aus, dass es enorm schwierig sei, offene Stellen zu besetzen, da die Bezahlung gering sei. Herr Möckel (Gesundheitsamt Bremerhaven) ergänzt, dass es auch oft zu krankheitsbedingten Ausfällen komme, die kurzfristig nicht zu beheben seien. Senator Dr. Schulte-Sasse weist für Bremerhaven darauf hin, dass die Debatte um die dortigen Familienhebammen in den kommunalen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung gehöre und dort auch hinsichtlich der Berücksichtigung des Kindeswohls ausreichende Sachkompetenz angesiedelt sei. Sollten im Kern der Debatte um die Familienhebammen finanzielle Fragen hinsichtlich Stellenanzahl und Ausstattung stehen, so ist außerdem die Haushaltsberatung des Parlaments der besser geeignete Ort für eine entsprechende Debatte.

Herr Dr. Trapp (Bündnis 90 / Die Grünen) hebt den präventiven Charakter der Familienhebammen hervor und betont, dass deren Arbeit einer grundsätzlichen Wertschätzung bedarf und Anerkennung verdient. Da aber Prävention nie genug sei, könnte man Debatten um ein mehr an Leistung immer wieder führen, ohne dass es zwingend einen sachlich gebotenen Grund hierzu gebe.

Frau Bernhard (Die Linke) ergänzt hierzu, dass Wertschätzung der Arbeitenden auch einen Abbau an Belastungsspitzen beinhalte und möchte wissen, wie viele Familienhebammen in Bremen und Bremerhaven tätig sind. Nach Auskunft von Herrn Möckel (Gesundheitsamt Bremerhaven) arbeiten in Bremerhaven 5 Personen im Bereich der Familienhebammen.

Herr Dr. Zimmermann (Gesundheitsamt Bremen) entgegnet Frau Ahrens, dass eine reine Aussage über Fallzahlen zu kurz greift, da diese Zahl nichts über die Betreuungsintensität der einzelnen Fälle aussage. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass für die Familienhebammen im ÖGD in Abgrenzung zu den Angeboten der freien Träger oftmals nur die schwierigen Fälle mit einer hohen Betreuungsintensität übrig blieben. Aus diesem Grund wird auch zukünftig die Anzahl durchgeführter Hausbesuche für die Beurteilung der Leistungen der Familienhebammen in Bremen herangezogen. Personelle Diskontinuitäten kämen dagegen immer wieder vor und sind im GA Bremen insbesondere auf Mutterschaften, kurzfristige Renteneintritte oder auch Krankheiten zurück zu führen. In allen Fällen wird versucht, die offenen Stellen zeitnah und zügig wieder zu besetzen. Demgegenüber hat das GA Bremen aber auch hinsichtlich der Arbeitsbelastungen an für teilweise Entlastung gesorgt. So wurde mit 0,5 VK eine Geschäftsstelle für die Familienhebammen eingerichtet, Supervisionsangebote durchgeführt und eine Höhergruppierung aller Familienhebammen zur Angleichung an die aus Bundesgeldern bezahlten Familienhebammen vom Senator für Gesundheit durchgesetzt. Auf Frau Bernhards Frage bezogen teilt Herr Zimmermann mit, dass im GA Bremen derzeit 7,5 VK im Bereich der Familienhebammen eingesetzt sind. Zudem dürften zusätzlich die anderen Programme wie Tipp Tapp, deren regionale Hausbesuche in der Vergangenheit um zusätzliche Ortsteile erweitert worden sind nicht vergessen werden.

Herr Brumma (SPD) betont, dass Bremen trotz Notlage in diesem Bereich viel leistet und erachtet diesen Weg für richtig.

Frau Ahrens hält eine Vermischung der verschiedenen Angebote in der Debatte für nicht gerechtfertigt. Insbesondere da es sich bei den Fällen des ÖGD um problematischere Fälle handele, sei hier noch deutlich Luft nach oben. Fehlende Hausbesuche hinterlassen früher oder später immer Prob-

Staatliche Deputation für Gesundheit	Sitzung am: 25.11.2014	Protokoll-Seite: 4
---	-----------------------------------	-------------------------------

leme in der Familie.

Herr Dr. Schlenker betont abschließend, dass die Aufgabe der Familienhebammen eine niedrigschwellige und verantwortungsvolle Aufgabe ist, auf deren Wichtigkeit immer wieder hingewiesen werden müsse.

Nicht öffentlicher Teil

Zuwendungsbericht 2013 – nicht öffentlicher Teil (Vorlage L-149-18/S-69-18)

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den das Ressort betreffenden Auszug des Zuwendungsberichtes 2013 – Vertraulicher Teil - zur Kenntnis.

Vorsitzender

Sprecherin

Protokollführer

Der Senator für Gesundheit

Tel.: 361-9540

S-4

Fax: 496-9540

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bürgerschaft sowie der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (18. Legislaturperiode)

Stand: 08.12.2014

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungsstand
1.	Folgauftrag Bericht zum SpSD/Krisendienst (Vorlage Herr Mosch)	10.07.2014	nach Abschluss der Überarbeitung der Leistungs- und Rahmenvereinbarung	41	
2.	Psychiatriereform in Bremen	Frau Dr. Kappert-Gonther/Herr Rust		41	
3.	Lebensmittelkennzeichnung verbessern - Transparenz für Verbraucher erhöhen - Antrag der Fraktion der CDU vom 16. September 2014 (Neufassung der Drucksache 18/1384 vom 13. Mai 2014) (Drucksache 18/1544) Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.			42	
4.	Rauchen kann tödlich sein - Kinder und Jugendliche vor den Gefahren von E-Shishas schützen! - Antrag der Fraktion der CDU vom 11. November 2014 (Drucksache 18/1616) Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.			43	
5.	Berichtsbitte zum Eckpunktepapier der Krankenhausreform (v. 05.12.2014)	Herr Brumma	19.12.2014	41	
6.					

Graunterlegte TOP's sind neu aufgenommen